

Correspondent

Ersteit
Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 21. Juni 1902.

№ 71.

Vierter deutscher Gewerkschaftskongress.

Nachstehend bringen wir über die in Stuttgart gepflogenen Beratungen des deutschen Gewerkschaftsparlamentes einen zusammenfassenden Bericht, dessen Ergänzung mitsamt unserer Stellungnahme zum Kongresse Gegenstand besonderer Behandlung sein wird.

Der den vierten deutschen Gewerkschaftskongress am 16. Juni eröffnende Vorsitzende der Generalkommission, Legien, zieht in seiner Begrüßungsrede zunächst einen Vergleich zwischen der den vorhergehenden Frankfurter und der den diesmaligen Kongress beherrschenden Situation; damals habe die Zuchtshausvorlage gedroht, in diesem Jahre lasse eine schwere Krise auf der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Ferner drückte der Vorsitzende seine Befriedigung darüber aus, daß sowohl das Reichsamt des Innern wie auch die württembergische Regierung der Einladung entsprochen und Vertreter entsandt haben, wobei zu bemerken, daß der vom Grafen Posadowsky mit seiner Vertretung betraute Geheimrat Dr. Hübel und nicht Holzer heißt. Anwesend ist ferner der nationalliberale Abgeordnete Professor Dr. Heber. Dem mit Heiterkeit aufgenommenen Wünsche, die Herren möchten sich auf diesem Arbeiterkongresse ebenso wohl fühlen wie auf den Tagungen von Unternehmervereinigungen, folgte sodann eine herzliche Bewillkommung dieser behördlichen Vertreter, ebenso der zahlreichen ausländischen Delegierten.

Die Begrüßung namens des Stuttgarter Gewerkschaftskartells geschah durch den Hauptassistenten des Buchbinderverbandes Hauelsen. Es folgten dann Ansprachen von Rusar-Prag, Jensen-Kopenhagen, Curran-London und O'Grady-London, Griffuelles-Paris, van Erkel-Amsterdam, Hueber-Wien, Calame für den schweizerischen Gewerkschaftsbund und Duejols-Madrid. In der mit lebhaftem Beifalle aufgenommenen Rede des Vertreters der General-Federation of Trade Unions, Curran-London, heißt es, daß ein Vertreter der englischen Gewerkschaften zum erstenmale auf einem deutschen Gewerkschaftskongresse erscheine, die Engländer hätten erkannt, daß auch in anderen Ländern jetzt tüchtige Gewerkschaften vorhanden seien. Die den britischen Gewerkschaften durch die seitens der Kapitalisten fortgesetzte verbotene Beeinflussung der Gesetzgebung drohenden Gefahren hätten den englischen Gewerkschaften die Ueberzeugung gebracht, daß sie außer auf die Erlangung höherer Löhne ihr Augenmerk auch auf politische Dinge richten müßten. In England sei zudem jetzt die Ausbeutung der Arbeiter auf das äußerste gestiegen.

Nachdem das Bureau konstituiert und Legien und Bümelburg als Vorsitzende des Kongresses bestimmt, wurden noch drei weitere Punkte der Tagesordnung erledigt.

Zu der Nachmittags-sitzung des ersten Tages gab sodann Legien unter Hinweis auf den gedruckten Bericht den Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Eine ausführliche Behandlung habe der Streit zwischen der Generalkommission und dem Leipziger Gewerkschaftskartell bezw. den Buchdruckern gefunden. Bei dem Leipziger Kartelle hätten Vernunftgründe versagt und wenn diese versagen, helfen Prügel auch nicht; man lasse dann solche Leute laufen, bis sie wieder vernünftig werden. Das Kartell habe den Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses mißachtet, er rate ab, Beschlüsse zu fassen, welche die Leipziger zum Wiederanschluß zwingen. Zwischen der Generalkommission und den Zentralvorständen herrsche in dieser Angelegenheit Uebereinstimmung. — Die hauptsächlichste Tätigkeit der Generalkommission habe in der Pflege der Statistik gelegen, welches Gebiet noch mehr kultiviert werden müsse. Seitens der Verbandsvorstände mußte die Generalkommission noch mehr Unterstützung finden.

Bedeer-Hamburg rief, da 26000 Arbeiter im Leipziger Kartelle vereinigt zu einer Verständigung mit denselben. (Die hier angeführten 26000 Arbeiter stehen bekanntlich bereits durch ihre Zentralorganisationen mit der Generalkommission in Verbindung. Red.)

Von Tischendörfer-Berlin wurde die Ablehnung der Einladung zum Arbeiterkongresse in Paris beklagt; die organisierten Arbeiter sollten überall vertreten sein, wo Arbeiterfragen verhandelt werden. Legien erwiderte darauf, man könne doch wohl nicht Einladungen annehmen von Leuten, die die Anwesenheit von Arbeitern

bei solchen Gelegenheiten einmal für überflüssig erklärt haben.

Heber-Leipzig meinte, es läge keine Notwendigkeit vor, das Leipziger Kartell einfach von der Landkarte zu streichen, daßselbe habe seine Beschlüsse geändert. So könne es doch nicht weiter gehen, er erjuche deshalb, die Leipziger mit ihrem Fleiß wieder auf die Landkarte zu setzen.

Dem Vorschlag Bümelburgs, den Vertreter des Leipziger Kartells zu hören, widersprachen Döblich und Rezhäuser, da der sogenannte Vertreter desselben doch nur als Gast gelten könne. Der Vorschlag Bümelburgs wurde aber trotzdem angenommen.

Der Kartellvertreter Lüttich schob sodann der Generalkommission die hauptsächlichste Schuld an dem Zerwürfniß in die Schuhe, sie habe in diesem Falle ihre Schuldigkeit nicht getan. — Unter vielfachen Zwischenrufen erklärte Redner: Soweit die Tarifgemeinschaftsfrage in Betracht komme, gefehen die Leipziger ein, nicht immer ganz vernünftig gehandelt zu haben. Sie seien eben auch keine Engel! Es müsse aber eine Verständigung erzielt werden und bitte er, die Generalkommission aufzufordern zu Einigungsverhandlungen, er könne versichern, sie würden erfolgreich sein. Auf Anfrage, wie Redner sich diese Verständigung denke, kann derselbe keine Erklärung darüber abgeben, da er dazu nicht beauftragt sei.

Legien erklärte, die Beschlüsse des Frankfurter Gewerkschaftskongresses müßten von den Leipziguern gehalten werden, dann sei alles gut. Der Artikel der Leipziger Volkszeitung zum Gewerkschaftskongresse zeige aber wieder deutlich, wie die Leipziger darüber denken. Der Frankfurter Gewerkschaftskongress habe Dauer und Umfang einer Tarifgemeinschaft als Sache der einzelnen Gewerkschaft bezeichnet, das Leipziger Kartell wolle sich aber ein Richteramt hierin an und das sei ja eben der Größenwahn, der in der großen See- und Handelsstadt herrsche. Nach dieser mit Heiterkeit aufgenommenen Bemerkung legte Redner den Zweck seines Besuchs in der Leipziger Volkszeitung dar. Zwei Stunden habe er mit Schönlanke und Pollender ergebnislos verhandelt, die Artikel gegen die Buchdrucker hätten eben die Billigung Schönlankes gehabt. Er habe auf die bösen Folgen hingewiesen und diese seien dann beim Streit in der Leipziger Volkszeitung auch eingetreten. Pollender habe freilich gesagt: Wir werden Ihnen schon zeigen, was unsere Gewerkschaft kann; worauf er erwidert habe: Ihre Gewerkschaft ist ein Vokalverein der Leipziger Volkszeitung. Und so sei es gekommen.

Rezhäuser wandte sich gegen die Leipziger und Lüttich, dessen Reise nach Stuttgart überflüssig gewesen, wenn er nichts weiter zu sagen hätte als er gesagt habe. Leipzig wolle in der Arbeiterbewegung Vorreitung spielen. Das werden die Leipziger auch weiter tun; auch nach dem Stuttgarter Kongresse werde sich daran nichts ändern. Redner schilderte den Streitfall in seiner ganzen Entwicklung. Die Buchdrucker haben sich genau nach dem Statut des Leipziger Kartells gerichtet, sind völlig legal verfahren. Die Buchdrucker wollen keine Schärfe in die Debatte tragen, sie können sich aber nur verständigen, wenn der Kongress klar ausspricht, daß der Buchdruckerverband die einzige innerhalb der Generalkommission zulässige Gewerkschaft ist.

Simon-Münsterberg maß der Leipziger Volkszeitung und dem Corr. das gleiche Maß von Schuld zu und forderte ebenfalls Verständigung, Brücker-Berlin sprach ebenfalls für eine solche.

Hül-Essen erwiderte Simon, er solle einmal den Gegenpol hierzu lesen, dann würde er es verstehen, daß von Rezhäuser schäuf zurückgeschossen werde. Die Buchdruckerwadt greife die Gewerkschaftsbeamten in einer nur von Schwarzfahnerorganen gewohnten Weise an. Daß Tischendörfer bei den christlichen Gewerkschaften Vorträge gehalten, verurteile er nicht so wie Legien (Tischendörfer legte gegen diese Beurteilung im Korrespondenzblatte in seinen vorangegangenen Ausführungen Verwahrung ein. D. Red.) Bezüglich der Beschickung des Pariser Kongresses ist Hül mit der Generalkommission einverstanden. Verlepsi habe ja als Minister an der Maßregelung von Tausenden von Bergarbeitern mitgewirkt, die Arbeiter könnten daher jetzt dem Sozialpolitiker Verlepsi kein Ver-

trauen entgegenbringen. Die Bergarbeiter seien beinahe so neutralitätsunfähig wie die Buchdrucker, trotz der Neutralität wären sie aber gut sozialdemokratisch. Er unterscheide sich von Rezhäuser bezüglich der Stellung der Gewerkschaften zu der Sozialdemokratie.

Der Abend des ersten Sitzungstages vereinte dann etwa 2000 Teilnehmer zu einem von den Stuttgarter Gewerkschaften veranstalteten Kommerse. Der alte Schweizer Arbeitersekretär Greulich hielt auf demselben eine mit minutenlangem Beifalle aufgenommene Rede, in der er die Frage aufwarf und beantwortete, ob die Gewerkschaftsbewegung Selbstzweck sei und ob sie allein zur Befreiung der Arbeiter genüge.

Nach der Begrüßung durch einen Mailänder Gast setzte der Kongress am zweiten Verhandlungstage die Debatte in der Leipziger Streitaffäre fort, nebenbei spielte der Fall Tischendörfer auch noch eine kleine Rolle; Knoll- und Poetsch-Berlin treten nämlich dafür ein, daß auch in gegnerischen Vereinigungen Vorträge gehalten werden können, indes Heber-Leipzig davon Verwirrung fürchtet und reinen Tisch haben will.

Hül-Essen-Berlin hält eine Verständigung mit den Leipziguern nur möglich, wenn das dortige Kartell rund und nett erklärt, es füge sich.

Poetsch-Berlin meinte, man müsse den Leipziguern aber entgegenkommen, da auch der Corr. gesündigt habe. Heute stehe ja Gash nicht mehr an der Spitze, die Verständigung sei also möglich. Redner schlug vor, eine Resolution anzunehmen des Inhaltes, daß es dem Leipziger Kartelle frei gestellt werde, mit der Generalkommission in neue Verhandlungen auf der Basis der Frankfurter Beschlüsse zu treten.

Von Döblich wurde sodann bemängelt, daß die Generalkommission über die politische Gesinnung des einzelnen Gewerkschafters glaube wachen zu müssen; politische Gesinnung und Gewerkschaftsangehörigkeit hätten nichts mit einander zu thun. Wenn die Buchdrucker zur Zeit einer wirtschaftlichen Depression eine allgemeine Lohn-erhöhung durchsetzen könnten, so käme das vielleicht daher, daß sie nicht bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit den politischen Standpunkt betonen. Die Gewerkschaftsbewegung sei eine Nützlichkeitbewegung, wo hauptsächlich nach dem Erfolge zu sehen sei. Also etwas mehr Toleranz in der Gewerkschaftsbewegung. Gerade die Generalkommission müsse in betreff Toleranz an der Spitze stehen und Gesinnungsriederei unterlassen.

Nachdem Bedeer-Hamburg gegen Döblich polemisiert und betont, daß Politik und Gewerkschaften nicht zu trennen seien, auf Vorschlag Bümelburgs dann die Diskussion über den Rechenschaftsbericht für geschlossen erklärt und Legien in seinem Schlußworte den Standpunkt der Generalkommission noch einmal gerechtfertigt, wurde ein Antrag Sassenbach:

„Der Gewerkschaftskongress lehnt es ab, in der Angelegenheit des Leipziger Gewerkschaftskartells eine Beschluß zu fassen. Da das Leipziger Gewerkschaftskartell anerkannt wird, wenn es sich dem Frankfurter Kongressbeschlüsse fügt, erübrigt sich eine weitere Beschlusfassung“ mit übergroßer Mehrheit angenommen und der Generalkommission Decharge erteilt.

Der Antrag des Gewerkschaftskartells Kassel, die Gewerkschaft der Buchdrucker, als gleichberechtigte Organisation anzuerkennen, gab noch einmal Veranlassung zu einer großen Buchdruckerdebatte.

Redakteur Umbreit vom Korrespondenzblatte verteidigte sich zunächst gegen den Vorwurf, im Korrespondenzblatte politische Gesinnungsriederei getrieben zu haben, er habe nur die gewerkschaftliche Tätigkeit der Buchdrucker behandelt. Das Telegramm an Posadowsky mußte kritisiert werden, weil ein einzig dastehender Vorgang; im übrigen hätte kein Blatt mehr Freude über den Tarifstieg der Buchdrucker empfunden als das der Generalkommission.

Hül-Essen hat in dem Korrespondenzblatte keine Gesinnungsriederei entdecken können. Die politische Partei sei aber nicht von Schuld freizusprechen. Redner erinnerte auch an die Hamburger Accorbnauer-Affäre. Der in Hamburg gefaßte Beschluß entspräche nicht den Interessen der Gewerkschaftsbewegung. Die Sozialdemokratie sei nicht gegen die Gewerkschaften, beide Bewegungen seien

aber nicht zu identifizieren. Wären die Auslassungen der Leipziger Volkszeitung und der Buchdrucker-Wacht offiziell, dann wäre es allerdings richtig, daß beide Richtungen an einem Strange ziehen. Die Lösung des Streites könne nur so ermöglicht werden, daß man auf politischer Seite mehr Toleranz übe und die Buchdrucker nicht jede einzelne Neußerung als offiziell betrachten.

Reyhäuser bezweifelte eine Klärung durch diese Debatte, die Frage „Gewerkschaften und Sozialdemokratie“ sei gründlich zu erörtern. Man stelle es immer so dar, als läge ihm nur daran, der Sozialdemokratie etwas am Fingere zu flicken. Die Stellung der Buchdrucker zur Partei sei aber lediglich diktiert von der Stellung der Partei zu uns. Die Partei gebrauche immer große Worte gegen die Buchdrucker, zögen wir aber die Hand von der Partei zurück, dann sei es aus mit den großen Worten. Die Gewerkschaften verächtliche die ganze Kleinarbeit, sie seien nicht bloß Rekrutenanfallstücken. Diefelben könnten sich mit Politik beschäftigen, wenn nur mit den Kladderadatsch-illusionen aufgeräumt sei, dürften aber keine Parteipolitik treiben; es gäbe keine politische Bewegung ohne wirtschaftliche Bewegung. Wollte man die reinliche Scheidung mit den Buchdruckern, so sei diese auch auszudehnen auf die freie Betätigung innerhalb der Gewerkschaften.

Der folgende Redner, Rob. Schmidt-Berlin, polemisierte gegen das Gewerkschaftsprogramm Reyhäusers, das keinen Anflug finden werde und übte an der Haltung des Corr. der Partei gegenüber eingehende Kritik. Wenn auch den Buchdruckern vielfach Unrecht geschehen sei, so dürften die Vorwürfe der Buchdrucker nicht gegen die ganze Partei verallgemeinert werden. Redner habe hohe Achtung für die Arbeit und Erfolge des Buchdruckerverbandes, aber seine Wege seien nicht die richtigen.

Haupt-Redner, der nicht einmal anerkennen will, daß die Buchdrucker als Gewerkschaftler ihre Schuldigkeit getan und ihnen ungeliebte Schaulustpolitik vorwarf, gab schließlich der Hoffnung Raum, daß diese Debatten, wenn auch nicht auf die Fühler, so aber doch auf die Masse der Buchdrucker eine erzieherische Wirkung ausüben würden.

In der nämlichen Richtung bewegten sich die nachfolgenden Ausführungen von Pöschel-Berlin, der weiter erklärte, die Gewerkschaften könnten die Partei nicht entbehren, mit den Gewerkschaften könne nicht alles erreicht werden. Die Buchdrucker aber gehörten zu den Satten, die schon alles erreicht hätten. Die paar Tausend Marx, welche den anderen Gewerkschaften von den Buchdruckern gegeben seien, kämen nicht einmal jeht in Betracht!

Massini knüpfte an die Ausführungen Schmidts an. Vieles hing von der Haltung der Buchdrucker gerade mit ihren angeblich nicht richtigen Wegen zusammen. Redner ließ sich über die Stellung der Buchdrucker zur Sozialdemokratie dann näher aus und kam auf das Telegramm an Pöschelowsky zu sprechen, das er in jeder Beziehung verteidigte. Regien habe ja auch Pöschelowsky um eine Vertretung auf diesem Kongresse ersucht und das sei vernünftig und gut. Die nichtswürdigen Angriffe einzelner Parteiblätter müßten aufhören; wenn man sage, den Buchdruckern gebühre die Hundemarke um den Hals, dann schäme es bei denselben. Wegen solche Beleidigungen seien die Buchdrucker von keiner Seite in Schutz genommen. Massini schloß sodann unter stürmischer Heiterkeit, Beifall und Widerspruch: Will man eine Verständigung mit uns, so muß es auf beiden Seiten geschehen; tut man es nicht, so hauen wir drein, wie wir es bisher getan haben!

Pöschelowsky-Hamburg hielt es für ausgeschlossen, daß zwei Organisationen eines Berufes anerkannt werden, der Verband müsse aber Schritte unternehmen, die Gewerkschaft aufzunehmen. Reyhäuser dürfe nicht gegen die Gesamtpartei polemisieren, was zum Zerbrechen des Tischstudies zwingen würde.

Von Beyer-Leipzig wurde erklärt, es gäbe nur ein Entweder-Oder. Die Mitglieder der Gewerkschaft müßten mit Aktiven und Passiven wieder in den Verband aufgenommen werden!

Döblin ging hiernach näher auf die Hauptvorwürfe gegen den Correspondenten ein. Würde die Ursache auf der einen Seite aufhören, so verspräche er feierlich, daß auch seitens der Buchdrucker die Feindseligkeiten eingestellt würden. Das Telegramm an Pöschelowsky habe der Arbeiterfrage nicht geschadet, es sei eben aus Nützlichkeitgründen unterschrieben worden. Die Buchdrucker seien politisch so fortgeschritten wie andere Arbeiterberufe. Den den Buchdruckern erteilten Rat zur Verständigung sollte Pöschelowsky nur einmal bei den Hamburger Accordnarren in die Tat umzusetzen versuchen. Die Buchdrucker bieten die Hand zu einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung, sie müßten aber ebenso anständig behandelt werden wie andere Organisationen.

Nach unwesentlichen Ausführungen von Umbreit und Tischendröfer trat dann der Schluß der Vormittagsitzung ein.

In der Nachmittagsitzung des zweiten Verhandlungstages kam zunächst eine Resolution von Sachse zur Verlesung, in welcher die Anerkennung der Buchdrucker-Gewerkschaft abgelehnt, aber eine Wiedervereinigung auf der Grundlage erwartet wird, daß die Gewerkschaft sich auflöst und deren Mitglieder in ihre alten Verbandsrechte wieder eingesetzt werden.

Die folgenden Ausführungen von Decker-Hamburg, Albrecht-Halle und Kirchner-Berlin boten nichts neues in ihren Wendungen gegen die Buchdrucker.

Frau Inge-Berlin führte dagegen aus, daß das fortwährende Betonen des sozialdemokratischen Standpunktes nur die Sonderbündelei fördere, die Lokalfisten wären dann die Gewerkschaften par excellence. Der Neutralitätsstandpunkt sei in dieser Debatte nur von wenigen eingehalten worden, freie Betätigung innerhalb der Gewerkschaften würde weiter führen als der jetzt herrschende Doktrinismus.

Sachse-Zwida erklärte, die Mißstimmung gegen die Buchdrucker resultiere aus ihrem aristokratischen Auftreten den anderen Arbeitern gegenüber. Der Kernpunkt des Hasses sei der Ausschluß der Leipziger Gewerkschaftskollegen von ihren Kassenrechten! Es könne keine Rede sein, die Gewerkschaft anzuerkennen, ihre Gründung sei ein Fehler gewesen, aber eine Verkländigung müsse gesucht werden. Unter Widerspruch der Buchdruckerdelegierten stellte Redner dann die Behauptung auf, die Erfolge der Buchdrucker beruhten zum guten Teile auf den Stützpunkten, welche dieselben in den Offizinen der Parteipresse haben, polemisierte ferner gegen Reyhäusers Haltung der Partei gegenüber und machte zum Schluß eine persönlichen Anfall gegen Reyhäuser, was ihm Pfuirufe von den Buchdruckern einbrachte.

Der Antrag Kassel betreffs Gleichberechtigung der Gewerkschaft wurde hierauf durch Uebergang zur Tagesordnung für erledigt erklärt und die Resolution Sachse — Auflösung der Gewerkschaft und Wiedereinziehung der Mitglieder derselben in ihre alten Verbandsrechte — zurückgezogen, nachdem Döblin erklärt hatte, der Verband könne für den Inhalt der Resolution nicht eintreten.

Zu einer weiteren Resolution, welche die Hoffnung ausdrückt, der Corr. werde künftig Angriffe gegen die Gesamtpartei unterlassen, andererseits aber auch von der sozialdemokratischen Presse Entfesselung der Anfeindungen der Buchdrucker erwartet, gab Reyhäuser die Erklärung ab, daß es ihm fern läge, die Partei anzugreifen. Was nützen aber alle frommen Wünsche, wenn die Entwidlung anders laufe! Er wolle der Partei keine Schwierigkeiten machen, verlange aber von der Parteipresse, was diese vom Corr. verlange.

Der Vorsitzende Bömelburg stellte sodann das Fazit der langen Debatte über die Leipziger Kartell- bzw. Buchdruckerangelegenheit dahin fest: Die Diskussion habe ergeben, daß Uebereinstimmung darüber herrsche, daß keine Trennung zwischen Partei und Gewerkschaften statthaben kann, daß beide sich ergänzen müssen. Es herrsche weiter Uebereinstimmung, daß der Corr. häufig gegen die Partei über die Schnur gehauen habe, andererseits war aber auch die Meinung allgemein, daß einzelne sozialdemokratische Parteiblätter sich des gleichen Vergehens schuldig gemacht haben. Wenn der Kongreß das als übereinstimmende Meinung auspredhe, so erlirbe sich jede weitere Abstimmung. — Der Kongreß war mit Bömelburg einverstanden.

Frau Tieß-Berlin hielt sodann ein mit lebhaftem Beifalle aufgenommenes Referat über die Agitation unter den Arbeiterinnen. (Wir müssen es uns der Raumverhältnisse wegen versagen, diese und andere Referate ebenso ausführlich zu behandeln wie die Buchdruckerangelegenheit. Red. d. Corr.) Die Referentin erhob gegen die männlichen besserstimmten Arbeiter den Vorwurf, daß sie zu wenig tun für die Frauenorganisationen. Die Organisation der Arbeiterinnen sei bisher immer als Stiefkind behandelt worden, bei den von den Männern vereinbarten Tarifen seien die weiblichen Arbeitskräfte sehr billig eingeschätzt. Die Organisationen der Arbeiterinnen müßten anders ausgehau werden als die der Männer. Die von der Rednerin eingereichte Resolution fordert zu einer planmäßigen Agitation außer den allgemeinen Agitationsversammlungen regelmäßige Werkstatte-sitzungen, in denen eine systematische Belehrung über alle einschlägigen Fragen stattzufinden habe, außerdem müßten die in Betracht kommenden Gewerkschaften für diese Art Arbeiten einen besondern Beamteten stellen. Nachdem eine ganze Anzahl Redner und Rednerinnen — unter letzteren erintete Frau Tieß-Hamburg besondere Zustimmung mit ihren Ausführungen — gesprochen, wurde die Resolution Tieß mit Amendements von Ritter, Müller und Frau Köhler angenommen.

In der Mittwochsitzung, über welche wir erst in nächster Nummer ausführlicher werden können, wurden die auf die Agitation durch die Generalkommission, die Streitstatistik und das Korrespondenzblatt bezüglichen Anträge verhandelt. Die Anträge auf Herausgabe wöchentlicher Streitstatistiken und Gründung einer niederdeutschen Agitationskommission wurden der Generalkommission zur Erwägung überwiesen, die wöchentliche Herausgabe des polnischen Gewerkschaftsblattes dagegen abgelehnt.

In der Nachmittagsitzung des Mittwoch- hielten Referate: Kirten-Berlin über die Errichtung eines Reichs-Arbeiterssekretariats, Simanowski-Berlin über Wahl und Organisation der Vertreter in der Sozialgesetzgebung und Matkatut-Stuttgart über die Tätigkeit und rechtliche Stellung der Arbeiterssekretariate. Mit der diesen umfangreichen Referaten folgenden Diskussion wurde der Rest der Sitzung ausgefüllt.

Zur Gründung einer Verbandsdruckerei.

Wenn je, so würde der Verband mit der Gründung einer eignen Druckerei einen Festgriff begeben, den er für lange Zeit als ein hemmendes Übergewicht nachschleppen müßte. Haben sich die 26 größeren und kleineren Städte

wohl genau überlegt und eine Kalkulation aufgestellt, was es heißt, in Berlin oder Leipzig (die anderen Drie könnten schon gar nicht in Betracht kommen) eine den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende konkurrenzfähige Buchdruckerei hinzustellen — und dann, wenn sie da steht, immer betriebsfähig oder gewinnbringend zu erhalten? Es ist das jedenfalls nicht so leicht als es Kollege Korh-Würzburg sich denkt und die Delegierten frohen Mutes auffordert, für die Errichtung einer Verbandsdruckerei zu stimmen, obgleich wohl jeder Delegierte schon den Wunsch seiner Mandatgeber mit auf den Weg erhalten hat; ebenso wenig liegen die Vorteile klar da, wie (—Hannover in Nr. 44 des Corr. sagt, um nur Ja und Amen zu dem Antrage zu sagen. Erwartet hatte ich freilich, daß Freiberg i. S., das sich entschieden gegen eine Gründung einer Verbandsdruckerei ausspricht, mit seinen Motiven hervorgereten wäre, die wohl manchen dafür begeisterten Leser unserer Organe auf andere Gedanken gebracht hätten. Und haben es die Herren Kollegen nicht schon selbst erlebt, wie schnell sie direkt und indirekt um ihre fauer ersparten Groschen gekommen sind bei früheren Gründungen von Druckereien und Gießereien durch Geschäftskalamität, Uneinigkeit und Unehrlichkeit? Wenn Hannover und Stuttgart gut mit ihren Vereinsdruckereien prosperieren, wie hervorgehoben wird, so bedenke man, daß deren Druckereien zu anderen Zeiten gegründet wurden und unter ganz anderen Prinzipien aufrecht erhalten werden können als eine Verbandsdruckerei.

Nehmen wir an, Berlin würde als Ort bestimmt, in dem die Verbandsdruckerei ihr Domizil aufschlagen sollte, was gehörte dazu für ein Terrain zum Neubau resp. was für ein Grundstück, um Geschäft, Redaktion, Zentralbureau, Vereinsbureau, Vereins- und Versammlungssäle, Herberge usw., da ja doch alles beimann sein soll, unterzubringen und nun, was gehörte dazu schon für ein Kapital! Der Grund und Boden ober die Grundstücke selbst sind hier enorm teuer, wie schon Kollege Habebotsdam in Nr. 44 des Corr. sagte, dessen Ausführungen in dieser Sache das Richtige trafen, und ehe dafür das eingelegte Kapital sich verzinst, werden Jahre vergehen, in denen das Geld vielleicht auf andre Weise besser verwertet werden könnte. (In Leipzig würde fast dasselbe bei der Gründung zutreffen.) Die Rentabilität einer konkurrenzfähigen Verbandsdruckerei stelle ich nun erst recht in Zweifel, wenn auch, wie vielfältig geschrieben und gesagt, der Corr. und sämtliche Verbands- resp. Vereinsblätter in derselben gedruckt werden sollten. Erstens müßte zur Fertigstellung des Corr. eine Notationsmaschine aufgestellt werden, die dreimal in der Woche je fünf Stunden höchstens in Betrieb wäre, die übrigen 45 Stunden in der Woche stände sie als totes Kapital da und ehe diese Zeit einmal ausgefüllt würde, könnte sich der Leiter des Geschäfts hier in Berlin so viel Tage des Jahres so viele Beulen am Kopfe rennen, ehe er das erreichte; ebenso wäre es mit der Heranziehung anderer Arbeiten. Die Auftragsgeber werden von vielen der etwa 500 hiesigen Buchdruckerbesitzer so pouffiert, daß sie, die Auftragsgeber, für ein Geschäftsgeschäft selten etwas übrig haben, schon der Klassenstandpunkt läßt es bei den letzteren häufig nicht zu. Somit hätte die Verbandsdruckerei wohl viele Jahre zu kämpfen, ehe sie sich gründlich eingeführt und einigen Gewinn abwerfen könnte. Was nun noch die Vereinsdruckerei außerhalb Berlins anbetrifft, so habe ich die Ueberzeugung, daß verschiedene Gaue und Bezirke auch die Verpflichtung haben, Kollegen, die bei ihnen als Verbandsmitglieder etabliert, mit Arbeiten zu unterstützen, welche Arbeiten somit für die Verbandsdruckerei verloren gehen, was bei Hannover, Stuttgart und der Essener Druckerei von vornherein vorausgesetzt werden muß.

Wollte ich hier noch auf andere Kalamitäten eingehen, die einem solchen Geschäft erwachsen, wie es wohl viele der Herren Delegierten aus eigener Erfahrung schon kennen gelernt, so würde das Verlußtkonto der Verbandsdruckerei noch mehr belastet und daher lehne man diese Gründung im Interesse des Verbandes ab, der letztere wird auch ohne solche fertig.

Berlin. W. Dr.

Korrespondenzen.

Breslau. (Schlesischer Maschinenfabrikerverein.) Des Stützungsfestes vom Breslauer Ortsvereine wegen mußte die Monatsversammlung auf den 8. Juni verschoben werden und stand auf der Tagesordnung derselben zunächst die Erprobung eines Kassenrevisors. An Stelle des Kollegen Luci wurde H. Kerger gewählt. Wsdann gelangten mehrere Schreiben von auswärtigen Vereinen zur Verlesung und Diskussion. In Betreff des Schreibens des Norddeutschen Maschinenfabrikervereins entspann sich über verschiedene Anträge eine lebhafte Debatte und wurden selbige für zweckentsprechend gehalten, ebenso da an denselben Verein abgegangene Antwortschreiben. Nachdem nach kurzer Aussprache die Aufnahme eines hiesigen Kollegen als Mitglied vollzogen und verschiedene Mitteilungen und Fragen erledigt waren, fand ein Vortrag des auf der Durchreise begriffenen Kollegen Luci über „Typothete jun.“ über die neueste Erfindung der Zeiten ohne Rippen statt, welcher beifällige Aufnahme fand. Nachdem einige Zeilen in natura vorgelegt und mit den Zeilen des Typograph verglichen worden, fand anschließend an die Besprechung der Abchied des aus unserm Kreis scheidenden Kollegen Luci durch eine kleine Feier statt, welche sich bis in den späten Nachmittag ausdehnte.

Sarnitz d. 7. Juni abgehaltenen Mit- gliederversammlung wurde nach erfolgter Aufnahme zweier Kollegen der Bericht der Johannistagskommission entgegengenommen und findet danach am 28. Juni eine Abendunterhaltung mit Ball und am 29. Juni ein Nachmittagsausflug nach Ropsdorf statt. (Näheres durch Anzeige im Corr.) — Der folgende Punkt: „Verbandsmitglieder als Verbandsgegner“, erweckte zwar den Anschein, ein weites Gebiet zu berühren, doch lag die Grundidee in lokalen Verhältnissen. Kollege Götz hatte dieses Referat erwählt und entledigte sich in dreiviertelstündigem Vortrage in sehr sachlicher Weise seiner gestellten Aufgabe, indem er bis zum ersten Jahre des Bestehens kollektiver Vereinigungen zurückgriff, um so bei den Darmschäfer Buchdruckerverhältnissen in der Jetztzeit anzulangen. Eine „Freie Vereinigung“, die dem Verbands in seiner Entwicklung an Orte ein Hemmnis war, bestand früher hier, hat sich aber im Laufe der Zeit in einen „Gesangverein Gutenberg“ umgewandelt, dessen Mitglieder die Wohltaten einer Krankenkasse und einer Frauenstiftung genießen, außerdem zahlen die Mitglieder Beiträge zur Meisekasse, aus welcher durchreisende Nichtmitglieder Unterstützung erhalten (soll jetzt aufgehoben sein). Der Bericht- erstatter und deren Jahresüberschuss zum Johannistage im Betrage von 5 bis 6 Mk. pro Mitglied Verwendung findet. Was es nun durch intensiver organisatorische Tätigkeit gekommen oder mögen die Zeitverhältnisse die Kollegen eines bessern belehren haben, kurz einer nach dem andern schloß sich den Reihen des Verbandes an und nur noch wenige dieser Vereinigung stehen heute demselben fern. Den Kernpunkt dieser ganzen Sache hatte aber Kollege Götz richtig erfaßt, indem er es als ein Unheil bezeichnete, daß noch einige dieser Kollegen, die jetzt dem Verbands angehören, abgesehen von der Krankenkasse — welche, nebenbei bemerkt, jedes Jahr mit Defizit ab- schließt — noch der Meisekasse des Gesangvereins Unter- stützung angehören und somit durch ihre Beitragszahlung doch das Prinzip als Verbandsmitglieder verletzen. Eine eingehende Debatte zeitigte denn auch eine Resolution des Kollegen May, die einem weitgehenden Antrage des Kol- legen August Fischer, inhaltlich dessen die betreffenden Mitglieder aufgefordert werden, innerhalb zweier Monate aus der „Freien Vereinigung“ auszutreten, andernfalls sie die daraus entstehenden Konsequenzen zu tragen haben, den Vorrang lassen mußte infolge seiner einstimmigen Annahme. Hoffentlich werden die in Betracht kommenden Mitglieder diesen Zeitpunkt nicht herankommen lassen, vielmehr den geeigneten Weg einschlagen, der eigentlich die Auflösung dieser Vereinigung sein müßte. — Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten auf tarif- lichem Gebiete erfolgte um 12 Uhr der Schluß der Versammlung.

Hensburg. Bei den im Laufe des letzten Vierteljahres abgehaltenen Versammlungen vermochten die jeweiligen Tagesordnungspunkte doch die eine Hälfte der hiesigen Mitgliedschaft für das Vereinsleben so zu interessieren, daß sie regelmäßig erschien; die andre dagegen führte ihr bescheidenes Stilleben weiter; sie kann, wie es scheint, durch keine noch so interessante Tagesordnung aufgerüttelt werden. Ober sind wir zu anpruchsvoll? Vorkünftig aber „hoffen wir auf künftige bessere Tage“. — In der Versammlung vom 12. April wurde den hier selbst im Auslande befindlichen Schneidern für die Dauer des Ausstandes eine wöchentliche Unterstützung von 8 Mk. und für die Errichtung eines Gewerkschaftshauses die wieder fällige Rate von 40 Mk. bewilligt. Der inzwischen beendete Ausstand hat den beteiligten Arbeitern leider keinen Erfolg gebracht. Die Notwendigkeit eines Gewerkschaftshauses wird für die hiesige Arbeiterschaft jetzt zur brennenden Frage, da das einzige für größere Versammlungen noch zur Verfügung stehende Lokal durch Kauf in den Besitz des (loyalen) Vereins Arbeiterbund übergegangen ist. — Recht trübe Erfahrungen mußten zwei Kollegen hier selbst machen. Als dieselben nach längerer Krankheit sich wieder zum Arbeitsantritt einfanden, wurde ihnen von seiten ihrer Prinzipale die Mitteilung, daß dieselben in ihrer Offizin „für kranke und schwächliche Leute keinen Platz hätten“. Diese Rücksichtslosigkeit be- zücht um so unangenehmer, als einer der betreffenden Kollegen jener Firma etwa 30 Jahre lang seine Kräfte gewidmet. — Am 9. Mai hielt der Landesversicherungs- rat Herr Hansen aus Kiel in unserem Ortsvereine einen Vortrag über Invalidenversicherung und Heilhilfe auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungs- gesetzes. Gegenüber den vielen Anfeindungen, welche dieses Gesetz besonders wegen der hohen Altersgrenze zur Erlangung der betreffenden Rente erfahren hat, legte der Vortragende den Hauptwert desselben auf die Invaliden- versicherung und wies zahlenmäßig nach, in wie großem Umfange gerade dieser Teil des Gesetzes ein Segen für die arbeitende Bevölkerung geworden ist. Sodann über- ziumt die Landesversicherungsanstalt die Heilbehandlung „kranke“, sofern noch irgendwelche Aussicht auf dauernde Heilung vorhanden ist. Zu diesem Zwecke stehen derselben neben sonstigen entsprechenden Anstalten auch zwei Vor- schreiber zur Verfügung, je eins für Männer und Frauen. In Betreff der letzteren machte der Vortragende auf den großen Nachteil aufmerksam, welchen dieselben dadurch erlitten, daß sie sich bei ihrer Verheiratung den ihnen anstehenden Teil der Beiträge zurückzahlen lassen. Er wies dringend, auch nach der Verheiratung die Ver- sicherung, event. durch Selbstversicherung, fortzusetzen, für welche das Leben der niedrigsten Beitragssummen genügt. Auf diese Weise könne ihnen vorkommendenfalls auch die

Heilhilfe auf Kosten der Landesversicherungsanstalt zu teil werden. Sehr beherzigenswert waren die Worte des Vortragenden, in denen er es den jüngeren Arbeits- kräften, welche an Stelle erkrankter Kollegen eingestellt wurden, zur moralischen Pflicht machte, ihren Arbeits- platz zu verlassen, sobald der Wiederhergestellte sich zum Arbeitsantritt einstellt. Am Schluß des sehr lehrreichen Vortrages lohnte reichlich der Redner. — Zu der am 24. Mai abgehaltenen Versammlung erstattete der Ortskassierer den Kassenbericht für das 1. Quartal 1902, welcher bei einer Einnahme von 637,45 Mk. und einer Ausgabe von 140,05 Mk. einen Bestand von 497,40 Mk. aufweist. (Bei dieser Gelegenheit muß eine falsche An- gabe über den Kassenbestand am Schluß des vorigen Jahres berichtigt werden. Der Kassenbestand betrug zu jener Zeit 374,95 Mk. und nicht 1700 Mk. Letztere Summe war die Jahreseinnahme des Ortsvereins.) Eine Erhöhung des Beitrages zur Kasse des Gewerkschafts- kartells machte sich infolge des schlechten Standes derselben erforderlich. Diese Erhöhung wurde auch unsererseits bewilligt. Zu einer lebhaften Aussprache führte hierbei jedoch die Tatsache, daß der vom Kartelle vertriebene „Arbeiterführer für Hensburg und Umgegend“ statt in einer Druckerei Hensburgs in der Druckerei der Schlesw.-Hollst. Volksztg. hergestellt wurde. Wie mitgeteilt wurde, war der Druck der Broschüre von einer hiesigen Firma auf das genaueste berechnet, unter welchen Preis nicht heruntergegangen werden konnte. Die Druckerei der Schlesw.-Hollst. Volksztg. aber war trotz des höhern Lokalaufschlages für Kiel in der Lage, diese Arbeit zu einer dem Kartelle mehr zuzugenden Bedingung herzu- stellen. Daß wir eine solche Konkurrenz in Zukunft nicht durch Abnahme jener Broschüre unterstützen werden, wurde allseitig als selbstverständlich erachtet. Die fort- währenden Klagen über die Unrentabilität der Druckerei der Schlesw.-Hollst. Volksztg. erscheinen hiernach jedenfalls in recht begreiflichem Lichte. — Die am 8. Juni abge- haltene Versammlung beschäftigte sich im ersten Punkte ihrer Tagesordnung mit den zur Generalversammlung des Verbandes gestellten Anträgen. Es wurde zwar von einer eingehenden Besprechung abgesehen, jedoch die am meisten interessierenden Anträge herausgegriffen und deren Berücksichtigung unsern Delegierten empfohlen. Die unter Punkt 2 beantragte Unterstützung der Witwe eines Kol- legen wurde dahin erledigt, daß das ganze graphische Gewerbe hier selbst aufgefordert wird, sich an einer Samm- lung für die Witwe zu beteiligen, wie solches in früheren Fällen geschehen ist. — Zwecks Vornahme einer Bücher- revision werden sämtliche Inhaber von Büchern aus unser Bibliothek hierdurch nochmals daran erinnert, die- selben spätestens bis zur nächsten Versammlung abzu- liefern. — Das Johannistfest feiert die hiesige Mit- gliedschaft am 29. Juni in Husbyrre (Station Husby der Kiel-Hensburger Bahn). Die Abfahrt von Hens- burg erfolgt um 3,05 Uhr nachmittags, die Rückfahrt um 11,34 Uhr abends. Auswärtige Kollegen, welche sich an dieser Feier beteiligen wollen, erfahren alles Nähere durch den Vorsitzenden der Vergütungskommission, Kollegen E. Borchardt sen., Druckerei der Hensburger Nach- richten, Holm 25.

Frankfurt a. M. (Drucker- und Maschinen- meißerverein Frankfurt a. M.-Offenbach. In der am 8. Juni im Landsee abgehaltenen Monats- versammlung hielt Kollege Max Möbius-Hanau einen hochinteressanten Vortrag über den Autotypie- und Drei- farbenruck auf der Schnell- und Ziegelpresse. Der Re- ferent ging von der Entwicklung des Illustrationsbrudes aus, erwähnte die verschiedenen chemischen Druckverfahren wie den Kupfer- und Stahlstich, streifte das vor tausend Jahren von den Chinesen geübte Druckerfahren und wies an der Hand von Druckproben nach, wie sich allmählich die Autotypie das Feld erobert und zu der heutigen Höhe entwickelt hat. Dann behandelte derselbe kurz die Her- stellung derselben von der Photographie bis zum druck- fertigen Klischee. Nach einer ausführlichen Schilderung der Einrichtung und des Druckes der Autos, sowie be- sonders des Drei- und Vierfarbendruckes schloß der Re- ferent seinen Vortrag mit dem Wunsche, daß derselbe den Kollegen von Nutzen sein möge. Dem Kollegen Möbius wurde für seine lehrreichen und klaren Ausführungen großer Beifall zu Teil. Auch die hierauf folgende Dis- kussion bewies, daß man dem Vortrage mit Interesse gefolgt war und wurde der Wunsch laut, öfter solche Vorträge halten zu lassen, welche den jüngeren Kollegen nur von Vorteil sein könnten. Unter Verschickens wurde beschlossen, einer Einladung der Hanauer Kollegen Folge zu leisten und denselben am 6. Juli zur Feier des Jo- hannistfestes einen Besuch abzustatten. Sodann teilte der Vorsitzende noch mit, daß in der nächsten Sitzung Herr Weber-Offenbach einen Vortrag über Neue Klischeefrei- und Plattenunterlagen halten würde und schloß dann die von etwa 30 Kollegen besuchte Versammlung. — Am 26. Mai bestiftete der Verein die bei Herrn Felix Levy, Kaiserstraße 66, ausgestellte automatische Accidenzdruck- Notationsmaschine Harris, welche im Betriebe gesetzt wurde. Am 22. Juni wird der Verein den ebenfalls von dieser Firma ausgestellten automatischen Bogenzuführungsapparat an Schnellpressen bestiftet.

F. Frankfurt a. M. In der am 30. Mai abgehal- tenen öffentlichen Versammlung aller in Schrift- gesehieren beschäftigten Arbeiter berichtete Kollege E. Dornis namens der Tariffkommission über die neuer- dings gepflogenen brieflichen Verhandlungen mit der hiesigen Prinzipalität. Dem Berichte war zu entnehmen,

daß die gestellten Forderungen der Gehilfenschaft seitens der Prinzipalität wiederum abgelehnt wurden mit der Begründung, daß die Lage uners Gewerbes so ungünstig sei wie seit Jahren nicht. Die Prinzipale erachteten des- halb eine höhere Belastung ihrerseits für gänzlich aus- geschlossen, bei eventueller Fortdauer der ungünstigen Geschäftslage, für die keine Besserung in Aussicht stiehe, müßten sie sogar eine Herabsetzung der Löhne ernstlich ins Auge fassen. Nach der sich hierauf anschließenden Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig ange- nommen: Die am 30. Mai tagende und besuchte Ver- sammlung der Frantfurter Schriftgießereiarbeiter spricht der Tariffkommission für ihre Tätigkeit ihre volle Aner- kennung aus, bebauert aber gleichzeitig, daß die auf ein freibetriebiges Verhältnis abzielenden Anträge der Gehilfen- schaft von der Prinzipalität abermals zurückgewiesen wurden und kann darin nur eine Provokation der Gesamtegehilfen- schaft erblicken. Die Versammlung beschließt ferner, einer eventuellen Reduzierung der gegenwärtigen Hauszins- mit aller Energie und mit allen ihr durch das Gesetz ge- währleisteten Mitteln entgegenzutreten. Die Tariffkom- mission wird beauftragt, der Gehilfenschaft zur gegebenen Zeit geeignete Vorschläge zu machen, um die Beschäfte des dritten Schriftgießertages zur Durchführung zu bringen, weiter wird sie beauftragt, diese Resolution dem Obmann der Prinzipale zu übermitteln. — Der zweite Punkt der Tagesordnung behandelte die vorgekommenen Differenzen mit der Firma Benjamin Krebs. Die Ge- schäftsleitung suchte in einigen Fällen den Tarif zu um- gehen. Die Kollegen der Firma sowie die Tariffkommission erhoben dagegen energisch Protest und nahmen dabei die Gelegenheit wahr, eine Reihe tariflicher Eröffnungen durch- zuführen. Das feste Zusammenhalten der Kollegen hat nun wieder bewiesen, daß nur dadurch volle Erfolge zu erzielen sind und ist deshalb zu wünschen, daß die Kol- legen auch für die kommende Zeit stets so einig sein mögen, dann sind wir aller Stürmen gewachsen. Hierauf erstattete Kollege E. Reinhardt einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells. Als Delegierte wurden die Kollegen H. Rath und E. Rein- hardt wieder gewählt. Nachdem noch unter Verschickens die Intereffektivität und der feste Versammlungsbuch eines Teiles der Kollegenschaft (hauptsächlich der Kollegen von Finisch), wodurch dem Vorstande sein Amt erschwert und undankbar gemacht werde, getadelt worden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Hamburg. (Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker von Hamburg-Altona und Um- gegend.) Am 7. Juni hielt obiger Verein in seinem Vereinslokale seine Ordentliche Generalversammlung ab. Unter Mitwirkung gab der Vorsitzende be- zant, daß der Kollege Lubley den Verein, insbesondere aber den Kollegen Kölsch, auf die unglücklichste Art und Weise hintergangen habe. Kollege L. hat nämlich in einer der letzten Versammlungen um Abreise gebitt, worauf ihm der Verein 10 Mk. Unterstützung gewährte, ver- schweig jedoch, daß er mit dem Kollegen Kölsch in Telegrammwechsel gestanden und sich bindend erklärt hatte, Kollegen K. Stellung in Magdeburg anzutreten. In diesem Glauben nun reiste Kollege K. von Magdeburg fort, jedoch trat L. die Stellung dort nicht an. Die be- treffende Geschäftsleitung erbot als Antwort auf ein dera- rtes unqualifizierbares Benehmen des L. nun einen Entschädigungsanspruch und so kam es, daß Kollege K. nicht nur das Telegramm mit Rückantwort bezahlt hatte, sondern auch noch seines Wochenlohnes verlustig ging. Dieses Gebahren des L. kann nicht schwer genug beurteilt werden und so beschloß die Versammlung, der Verbands- leitung sowie der Zentralkommission der Stereotypen- und Galvanoplastiker hiervon Mitteilung zu machen. Abhand wurde der Jahresbericht verlesen und ge- nehmigt; danach haben fünf Versammlungen und zwölf Vorstandssitzungen stattgefunden. Nächst fand der Dele- giertentag der zentralisierten Stereotypen- und Galvano- plastiker statt. Leider nahmen viele hiesige Mitglieder nicht daran teil. Auch bei dem darauffolgenden Winter- vergnügen glänzten viele durch Abwesenheit. Aufgenommen wurden drei Mitglieder, zwei sind abgereist, so daß eine Mitgliederzahl von 30 besteht. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Bölschow, erster Vorsitzender, Freund, zweiter Vorsitzender; Neuburg, Kassierer; Willborn, Schrift- führer; Wurm, Beisitzer; zu Revisoren die Kollegen Zimmer und Mohr. Konditionslose erhalten bis zur Generalversammlung des Verbandes 1 Mk. wöchentliche Unterstützung, ebenso Durchreisende. Ein Sommerver- gnügen abzuhalten wurde von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Unter Freie Diskussion wurden noch einige interne Sachen erledigt.

Veitzig. (Achtung Maschinenfeller) Neuerdings sucht die für Verbandsmitglieder schon seit längerer Zeit geschlossene Druckerei von Grumbach Maschinen- feller zu folgenden untariflichen Bedingungen: Vereinen pro 1000 Buchstaben 18 Pf. einschließlich Lokalaufschlag, Arbeitszeit früh 7 bis 12 Uhr, nachmittags 1/2 bis 6 Uhr einschließlich 1/4 Stunde Freizität; Weiser gibt es nicht. Gehalt 8 1/4 Stunden, Pausenzeit 1 Stunde, Stö- rungen usw. werden nicht vergütet. In neuester Zeit sendet genannte Druckerei auch unaufgefordert ihre Arbeitsangebote an Maschinenfeller, so beispielsweise an gegenwärtig bei der Firma Bransfetter in ungekündigter Stellung konditionierendes. Es wird deshalb wiederholt darauf verwiesen, daß Konditionsannahme bei der Firma Grumbach für die Betroffenen alle Konsequenzen im Ge- folge hat.

Reutlingen (Württemberg). In seiner Nr. 23 bringt der Typograph, das Organ des Gutenberg-Bundes, einen Artikel von hier, in welchem der Verband sowie die hiesigen Verbandsmitglieder heruntergerissen werden. Der Verfasser des Artikels hätte gut getan, wenn er etwas mehr Wahrheitsliebe an den Tag gelegt hätte, denn sogenannte Gutenberg-Bund-Lager sind hierorts schlecht angebracht, zumal nur ein Männlein dieser Gesellschaft hier sein Dasein fristet. Nützt man den Artikel des Typ. aufmerksam durch, so könnte es den Anschein erwecken, als wenn der hiesige Gutenberg-Bündler die Tarifbewegung am hiesigen Plage inszeniert und die Verbände die Hände in den Schoß gelegt hätten. Was hat der G.-B. aber überhaupt für den Tarif getan? Nichts und nochmals nichts! Als in der Offizin, wo erwähnter Herr Konditionier, man beim Prinzipale behufs Einführung des neuen Tarifes vorstellig werden sollte, zog er sich als organisierter Kollege feige zurück und ein unorganisierter sagte den Mut, dem Prinzipale das Verlangen der Gehilfen vorzutragen. Dem Personale wurde sodann zum 1. April der neue Tarif bewilligt. Dies aber immer noch ohne jegliches Zutun unseers Gutenberg-Bündlers. Wenn letzterer nun behauptet, daß die Verbandsmitglieder erst Mitte März den Hebel ansetzten zur Einführung des neuen Tarifes, so ist dies eine bewußte Lüge, die den Schreiber dieses Quaestus im richtigen Rechte erscheinen läßt. Bereits im Dezember v. J. wurde man in allen Druckereien, mit „riühmlicher“ Ausnahme des Generalanzeigers, vorstellig, um auf 1. Januar dem neuen Tarife Geltung zu verschaffen. Leider war das Resultat ein nur wenig befriedigendes, weshalb die hiesige Mitgliedschaft zu Anfang Januar in einer Versammlung Stellung dazu nahm, wie der Tarif allgemein hier durchgedrückt werden könne. Ein wiederholtes Vorstelligwerden bei den Prinzipalen hatte keinen bessern Erfolg. Nur die Firma Hüpler erkannte den Tarif voll und ganz an. Hierauf wurde eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung einberufen, bei welcher der Generalanzeiger vollständig durch Abwesenheit glänzte (notabene trotz erhaltener Einladung), auch der Herr Gutenberg-Bündler blieb der Versammlung fern. Da durch eine solche Interesselosigkeit wenig Aussicht vorhanden war, überhaupt etwas zu erzielen, kam die Versammlung zu der Ansicht, den Prinzipals- oder Gehilfenvertreter zu erwählen, mit den hiesigen Prinzipalen einmal selbst zu unterhandeln. Hierauf erstellten sämtliche hiesigen Prinzipale vom Tarif-Komitee ein Zirkular, in welchem sie um Einführung des Tarifes angegangen wurden. Der Gehilfenvertreter Knie-Stuttgart nahm Mitte März noch persönlich Rücksprache bei allen Firmen und erstattete dann abends in einer Allgemeinen Versammlung Bericht, der leider ebenfalls wenig erfreuliches bot. Haben nun die Verbände hier wirklich bis Mitte März geschlafen? Nun, Herr Gutenberg-Bündler, kauft ihnen die Schamröte noch nicht über das Gesicht? In erwähnter Versammlung wurde nun beschloffen, daß die Kollegen der Firma Hüßlin & Zaislin, falls letztere bis Sonntag noch ihre ablehnende Haltung beibehält, die Kündigung einzureichen haben. Dieser Aufforderung folgten nur die vier Verbandsmitglieder, wovon leider eins vor Ablauf der Kündigungsfrist umfiel und Arbeitswilligendnisse verrichtete. Darob groß Geschrei im „Gutenberg-Bund-Lager Reutlingen“. Aber finden denn nicht gerade derartige Elemente gern eine Heimstätte im Gutenberg-Bunde? Dem Verbande kann auf keinen Fall wegen dieses Vorkommnisses ein Vorwurf gemacht werden. Die Kollegen der Offizin Warbenschlager, die noch neunzehnhundertfünfzig Arbeitszeit haben, wurden nur deshalb von der Arbeitsniederlegung verschont, weil man abwarten wollte, wie die Affaire bei E. & L. abläuft. Sollen wir nun bei dem schlechten Geschäftsgange und in der jetzigen Wurfzeit ohne weiteres 7 Kollegen, worunter 4 verheiratete, auf das Pflaster werfen, wo an einen Vorteil unter den obwaltenden Umständen gar nicht zu denken ist? Es zeugt deshalb von einer großen Portion — sagen wir Dummheit, wenn der Artikler im Typ. behauptet, nur deshalb, weil ich in Konstanz Bezirksvorsteher und Kollege Kern zurzeit hier Vertrauensmann, habe der Verband uns die Vergünstigung eingeräumt, die Kündigung nicht einzureichen. Was nun den Fall anbelangt, wo ein Gutenberg-Bündler hier Stellung bei E. & L. annahm, derselbe aber, vom Vorpresidenten in Stuttgart auf die Nichttarifreue der betr. Firma aufmerksam gemacht, die Kondition sofort wieder aufgab, so beruht dies auf Wahrheit; auch ein Verbandsmitglied arbeitete einen Tag und legte abends die Arbeit wieder nieder. Leider stand neben dem Gutenberg-Bündler ein Verbandsmitglied, von dem wir freilich keine Meinung hatten und das erst nach vier Wochen von uns ausfindig gemacht wurde. Dasselbe wurde unsererseits aufgefordert, die Arbeit wieder niederzulegen, welchem Verlangen auch nachgegeben wurde, doch auf Zureden der Eltern hat der Arbeitswillige die Arbeit nach zwei Tagen wieder aufgenommen. Auch hier ist dem Verbande kein Vorwurf zu machen. Wir haben nur ein Mittel und das ist Ausschluß und der erfolgte Bemerkung möchte ich noch, daß alles Erregende am hiesigen Plage seit Jahren nur dem Verbande resp. dem Gehilfenvertreter Knie zu verdanken ist, der Gutenberg-Bund hat sich hier noch kein Verdienst erworben. Gerade weil die Verhältnisse hier noch sehr im argen liegen, wäre es doch besser, selbst Hand anzulegen, anstatt die Welt mit entstellten Tatsachen vollzuposaunen. Dies zur gefl. Beachtung! Die Angriffe auf den Gutenberg-Bund in der Märzversammlung waren berechtigt, jedoch von einem Verzehreren desselben samt Haut und Haaren kann keine

Arbe sein, da wir in der Auswahl unserer Speisen doch etwas wählerisch sind und wir unsern Geschmack nicht gern verderben möchten.

* **Waldenburg i. Schl.** Die in Nr. 67 des Corr. unter der Stichmarke „Bezirk Reuthe (D.-Schl.)“ enthaltene Korrespondenz erwähnt u. a. auch unsre am 27. April abgehaltene Bezirksversammlung und da unire Stellungnahme in Betreff der Delegiertenwahl in Verbindung mit „verschleierten Vorgängen innerhalb des Gaus“ gebracht wird, so sei es uns gestattet, unsern Standpunkt in dieser Frage klarzulegen. Fürs erste möchten wir, um weiteren Verschleierungen und haltlosen Mutmaßungen vorzubeugen, aufs entschiedenste betonen, daß wir bei Nominierung der Kandidaten ganz nach unserm eignen Ermeßen und ohne irgendwelche Beeinflussung von anderer Seite gehandelt haben. Wir waren umso eher in der Lage, einen unparteiischen Standpunkt einzunehmen, als unser Bezirk, obwohl einer der größten im Gau, von der Aufstellung eines eignen Kandidaten abfiel, weil unser Bezirksvorsteher aus triftigen Gründen eine Kandidatur ablehnte. Unter Berücksichtigung der Mitgliederverhältnisse im Gau gebot es das Gerechtigkeitsgefühl, zwei Delegierte von Breslau und zwei aus der Provinz zu wählen; wir stellten also die Kollegen Schlag und Fiedler-Breslau, Schubert-Bunzlau und Selzer-Reuthe an. Daß diese vier Herren nachträglich auch gewählt wurden, beweist, daß unsere Vorschläge Anklang gefunden und wir somit das Richtige getroffen hatten, was uns mit Genugtuung erfüllt. Eine Animosität gegen den von Kattowitz bezug. der dort abgehaltenen Bezirksversammlung aufgestellten Kandidaten Herrn Pannier lag uns fern; wir müssen uns aber das Recht vorbehalten, vorzuschlagen und zu wählen, wen wir wollen. Unser Erdröten wäre es besser gewesen, man hätte geschwiegen, nachdem die „vox populi“ gesprochen, anstatt seinem Aerger über den Ausfall der Wahl in solch unverhohlener Weise Luft zu machen! — Will man von „Vorgängen innerhalb des Gaus“ sprechen, so wäre die Frage, ob sich im ober-schlesischen Bezirke nicht manches hinter den Kulissen abspielte haben sollte, wohl eher am Plage. — Einer Wahrnehmung möchten wir zum Schluß noch Ausdruck geben: Die Agitation bei der diesmaligen Delegiertenwahl ähnelte in mancher Hinsicht den Reichstagswahlen; nur die obligaten „Volksversammlungen“ fehlten noch — nun, vielleicht das nächste Mal!

Kundschau.

Gegenüber den vielfachen Anfragen nach Fertigstellung des Kommentars zum Tarife ersucht uns das Tarif-Aut., unseren Lesern mitzuteilen, daß der Kommentar noch im Laufe des Monat Juli im Drucke erscheinen wird. Der Bezugspreis soll durch besondere Bekanntmachung im Corr. angezeigt werden.

Die in Konstanz am 11. Juni abgehaltene Jahresversammlung der Deutschen Buchdrucker-Genossenschaft wurde von einem Vertreter der Regierung und dem Oberbürgermeister begrüßt. Der Geschäftsbericht, den wir unten nach der Konstanzener Zeitung wiedergeben, wurde ohne Debatte genehmigt, auch über die sonstigen Punkte der Tagesordnung fand eine solche nicht statt. Als Versammlungsort für das nächste Jahr wurde Lübeck und als amtliches Organ für die Genossenschaft die Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker gewählt, die gegen eine jährliche Entschädigung von 4000 Mk. den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt werden soll. — Am folgenden Tage fand die geplante interdeutsche Zusammenkunft statt, zu welcher sich Buchdruckerbesitzer aus Wien, Karlsbad, Leipzig, Innsbruck, Bregenz, Bern, Zürich, Basel und St. Gallen eingefunden hatten. Das Ergebnis derselben war die Annahme einer Resolution, welche die Vorstände der drei Vereine beauftragt, die Frage des Zusammenstufens in ihren Vereinen gründlich zu prüfen und das Material einer Konferenz zu unterbreiten, die im Mai nächsten Jahres abgehalten und von je drei Delegierten der drei Vereine besetzt werden und eine Vorlage für den nächsten interdeutschen Kongreß im Jahre 1904 ausarbeiten soll. Darauf wurde eine Resolution angenommen, welche sich gegen gewisse Geschäftsgepflogenheiten der Lieferanten, Maschinenfabriken, Schriftgießereien usw. richtet. Eine weitere Resolution in Sachen der Orthographiereform bestimmt, daß die in den Regeln bezugte sowie die in dem Wörterverzeichnis zuerst gegebene Schreibung als maßgebend erklärt und die Herausgabe eines dementsprechenden Regel- und Wörterverzeichnis unter Leitung des Herrn Geheimen Regierungsrates Nuden als „Rechtschreibung der Buchdrucker deutscher Sprache“ durch die drei Vereine in die Wege geleitet werden soll. — Am 13. Juni tagte der Deutsche Buchdruckerverein, der zur Zeit 995 Mitglieder zählt und 18350 Mk. Vermögen hat. Die von ihm protegierten Hilfskassen kosteten den Vereinsmitgliedern, abgesehen von der Krankenkasse, von der uns der Prinzipalsbeitrag augenblicklich nicht bekannt, im Berichtsjahre rund 40000 Mk. Während in der Arbeitslosen- und Reise-Unterstützungskasse Ueberschüsse erzielt wurden, hatte die Krankenkasse ein Defizit von 10972,09 Mk. Insgesamt wurden in allen drei Zweigen 181871 Mk. vereinnahmt und 135426,64 Mk. verausgabt. Vermögensbestand 1783,88 Mk. Bei der Beratung über die vorliegenden Vträge wurde eine Eingabe an die Reichsregierung beschlossen, sie möge bei den Verhandlungen über Handelsverträge darauf hinwirken, daß die

Bölle auf Druckfachen aller Art herabgesetzt bzw. aufgehoben werden. Aus dem Berichte über die vom Vereine aufgenommene Sejmofschinestatistik ergab sich, daß die Sejmofschine wohl für den Zeitungsdruck, nicht aber für den Werksatz mit „einigen Vorteilen“ benutzt werden könne. Herr W. Witz-Weipzig referierte über die „gedrückte materielle Lage“ des Buchdruckgewerbes, ihre Ursachen und Vorschläge zu ihrer Besserung. Ueber die Vorschläge des Referenten ist uns bis jetzt näheres nicht bekannt geworden. Ein weiteres Referat des Herrn Dr. Giesecke-Weipzig scheint sich auf einem Boden bewegt zu haben, auf dem auch der Corr. steht, nämlich daß die heutige Organisation des Gewerbes, wie sie in der Gewerbegesetzgebung niedergelegt ist, nichts taugt. Erst vor kurzem wurde der Corr. diejerhalb von der Zeitschrift angerempelt. Eine vom Referenten vorgeschlagene Resolution wurde angenommen. Diefelbe hält eine auf gesetzlicher Grundlage beruhende nationale Gewerbeorganisation, die sämtliche Betriebe umfaßt, für unbedingt erforderlich zur dauernden zweckmäßigen Regelung der inneren Verhältnisse des Gewerbes, des Verhältnisses der Arbeitgeber zur Gehilfenchaft und des Lehrlingswesens. Ein besonderer Ausschuß soll eine Vorlage ausarbeiten und diese der nächsten Hauptversammlung zur Beschlußfassung vorlegen. Wie hieraus ersichtlich, scheint es sich hierbei darum zu handeln, die lokalen Zwangsbindungen zu nationalen umzugestalten nach der Maxime: Du kannst im kleinen nichts erreichen und fängst es nun im großen an. Die Form der Organisation tut es freilich nicht, auch das Prinzip muß geändert werden — dazu wollen sich aber die „Sandverker“ im großen und ganzen nicht bequemen, sie müßten denn inzwischen durch Schaden klug geworden sein.

Der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft gehören zurzeit 5771 Betriebe an mit 112674 versicherten Personen, dabon 119 freiwillig versichert. 3647 Betriebe beschäftigen bis zu 10 versicherungspflichtige Personen, 1657 mehr als 10 bis 50, 283 mehr als 50 bis 100, 184 mehr als 100 Personen. Erstmalig entschädigt wurden im Berichtsjahre 284 Personen. Die meisten dieser Verletzungen (205) ereigneten sich an den Arbeitsmaschinen. Ihre Folgen waren in 8 Fällen der Tod, in 163 Fällen dauernde Teilweise, in 113 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Auf 1000 versicherte Personen kamen 2,52 erstmalig entschädigte Verletzte. Zur Anmeldung gelangten überhaupt im Berichtsjahre 1659 Unfälle, hiervon kamen 1246 auf Buchdruckerei, die übrigen auf die sonstigen zur Genossenschaft gehörigen Betriebe. Die gezahlten Entschädigungen betrugen insgesamt 301886,77 Mk. Hiervon entfielen 8971,33 Mk. auf Kosten des Heilverfahrens an 145 Personen, 265026,74 Mk. auf Renten an 1805 Verletzte, 655,57 Mk. auf Sterbegeld für 8 Getötete, 7094,33 Mk. auf Renten an 34 Witwen Getöteter, 7273,55 Mk. auf Renten an 49 Kinder Getöteter, 271,37 Mk. auf Renten an 10 Ehefrauen und 349,01 Mk. auf Renten an 16 Kinder in Heilanstalten untergeordneter Berlepter, 5145,75 Mk. auf Kur- und Verpflegungskosten an Heilanstalten für 36 Personen und auf Kapitalabfindungen 6599,12 Mk. an 16 Verletzte. Von dem Gesamtbetrage entfielen auf erstmalig gezahlte Entschädigungen 47948,09 Mk. und auf Weiterzahlungen für Unfälle aus den Vorjahren 253438,68 Mk. Die Rechnungsergebnisse auf das Jahr 1901 weisen ein bemerkenswertes Anwachsen der Genossenschaftskosten und folglich der von den Mitgliedern aufzubringenden Umlagebeiträge auf. Die auf eine versicherte Person entfallenden Gesamtkosten der Genossenschaft sind von 3,07 Mk. im Jahre 1900 auf 3,72 Mk. im Jahre 1901, d. h. um 65 Pf. gestiegen. In den vorhergehenden drei Jahren betrug die Steigerung nur 10 bzw. 19 und 12, zusammen 41 Pf., im Jahresdurchschnitt 14 Pf. Die außerordentliche Zunahme im Jahre 1901, die den Unternehmern wesentlich höhere Opfer als bisher auferlegt, ist eine Wirkung des am 1. Oktober 1900 in Kraft getretenen Gewerbe-Unfallversicherungs-gesetzes. Die Vermögensübersicht der Genossenschaft bilanzierte 1901 in den Aktiven und Passiven mit 1010133,69 Mk. Der Reservefonds betrug 623820,56 Mk., der Betriebsfonds 80000 Mk. Der Vorschlag der Verwaltungskosten für 1903 beziffert sich mit 40640 Mk. (Mit den wesentlich höheren Opfern ist es nicht so schlimm: 7 Pf. pro Woche und versicherte Person ist eine Ausgabe, die sich der Inhaber einer Buchdruckerei wohl noch wird leisten können, zumal es in seinen Kräften steht, Unfälle nach Möglichkeit zu verbüten.)

Aus München wird uns ergänzend mitgeteilt, daß auch die E. Stahlsche Buchdruckerei (Josef Zaubner) dem älteren Personale einen achtwöchigen Urlaub bei Fortzahlung des Lohnes gewährt, ferner namhafte Weihnachtsgeschenke eingeführt hat. Die Firma Julius Marchner & Komp. (G. m. b. H.) bewilligte wie bisher in diesem Jahre dem Personale einen Sommerurlaub bei Fortzahlung des Lohnes.

Die königliche Zeitung ist seit hundert Jahren Jahren (9. Juni 1802) im Besitze der Erben Schaubergs. Dieses Unternehmen ist bekanntlich ein überaus einträgliches. Zur Feier des Tages wurde u. a. jedem Arbeiter, der fünf Jahre ununterbrochen dem Hause angehört hat, acht Tage Urlaub jährlich von jetzt ab gewährt!

Der Schweizerische Lithographenbund, welcher die letzte Seite der Helvetischen Typographia zu seinen

Vorfetzung aus dem Hauptblatte.

Publikationen usw. benutzt, hat am letzten Mai eine Urabstimmung über Gründung einer Zugschuppe, einer Invalidentasse sowie Beschickung des in Berlin tagenden internationalen Lithographen-Kongresses vorgenommen, wobei sich von 330 in 11 Sektionen vorhandenen Mitgliedern 288 beteiligten. Die Zugschuppe und die Beteiligung am internationalen Kongresse wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, während für die Invalidentasse die absolute Mehrheit nicht zu haben war.

Preßprozesse. Die Magdeburger Volksstimme veröffentlichte ein Schriftstück des Gemeindevorstandes in Biberburg, Arnensachen betr., und knüpfte hieran sachgemäße Bemerkungen. Durch letztere fühlte sich der genannte Vorstand beleidigt und das Schöffengericht besetzte den Redakteur mit 150 Mk. Geldstrafe. — Auch unser Blatt, der Correspondent, wurde wieder einmal verurteilt und zwar zu 75 Mk. wegen Beleidigung der Firma G. Müller in Eberswalde und des Obermaschinenmeisters Ney dortselbst. Der Corr. nahm den betr. Artikel, der ihm von sonst zuverlässiger Seite zugegangen war, in der Annahme auf, daß die mitgeteilten Tatsachen der Wahrheit entsprechen, mußte aber vor dem Schöffengericht in Eberswalde, das über die Sache Recht sprach, erfahren, daß dem nicht so sei. Eine erneute Ermahnung an unsere Vertreter, sich größtmöglicher Wahrheitsliebe zu befleißigen und nur Tatsachen mitzuteilen, die sich event. auch vor Gericht beweisen lassen. — Der Redakteur des Vereins-Anzeigers, Organ der Maler, wurde nach Gena zitiert, um sich wegen Beleidigung eines dortigen Malermeisters zu verantworten. Der Beklagte ließ sich aber durch einen Rechtsanwalt vertreten. Auf Grund einer abgegebenen Offerte war dem Kläger Schmutzkonkurrenz und Arbeiterausbeutung vorgeworfen worden. Da die Arbeiter bei gewöhnlicher Arbeitszeit den ortsüblichen Stundenlohn erhielten, so wurde der Vorwurf als ein ungerechtfertigter angesehen, auch eine Beleidigung in der Form der Mitteilung gefunden und auf 50 Mk. Geldstrafe erkannt. — Das Volksblatt für Anhalt hat in zwei Prozessen eine ganz erhebliche Kostenrechnung zu begleichen. Obwohl die verhängte Strafe nur 40 Mk. betrug, so ist doch im ganzen einschließlich der Zinsen- und Rechtsanwaltskosten die stattliche Summe von 2395,34 Mk. zu zahlen.

Der Redakteur der Ostdeutschen Volkszeitung (freisinnig) in Jüterburg wurde zu 50 Mk. verurteilt, weil er seinem Namen den „Doktor“ vorsetzte. Der Verteiliger desselben berief sich darauf, daß man in der Schweiz alle Journalisten Doktor nenne, auch habe der Angeklagte der Universität in Chicago eine Doktorarbeit eingekauft und sei gegen Zahlung von 100 Dollar von dieser zum Doktor ernannt worden, die betr. Arbeit und Diplom lagen jedoch nicht vor.

Der Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe zu Braunschweig verfaßte eine Liste von 222 Zimmerleuten mit der Bitte an die Berufsgenossen, keinen derselben in Arbeit zu nehmen resp. solche sofort zu entlassen, wenn dies bereits geschehen sein sollte. Auf der Liste stehen neben den Streitenden auch solche, welche schon wochenlang vor dem Streit Braunschweig verlassen haben. Auch die Arbeiter einer Silberwarenfabrik in Breslau werden in ähnlicher Weise verfolgt. Diese Verfahren ähneln auf ein Haar den Sklavenjagden!

Die Baugewerks-Zinnung Bauhütte in Hamburg rief verschiedene Behörden um Unterstützung gegen die streikenden Arbeiter insofern an, als sie die Sittierung aller in Ausführung begriffenen Staatsbauten verlangte. Der Senat hat eine solche allgemeine Verfügung abgelehnt, vielmehr die Behörden angewiesen, derartige Gesuche von Fall zu Fall prüfen. Die „Prüfung“ wird zwar in der Regel zu gunsten der Unternehmer ausfallen, immerhin ist damit prinzipiell entschieden, daß diese kein Recht auf eine solche Unterstützung der Behörden haben.

Das Reichsgericht hat kürzlich eine überaus wichtige Entscheidung gefällt: Die Bestimmung einer Lebensversicherungspolice, daß die nicht pünktliche Zahlung der Prämien den Verlust aller Ansprüche an die betr. Versicherungsgesellschaft zur Folge habe, kann ohne Rechtsirrtum dahin ausgelegt werden, daß die Verwirkung nicht eintreten solle, wenn die Nichtzahlung innerhalb der vertragsmäßigen Frist eine unverschuldete war.

Die Zweite hessische Kammer nahm am 4. gegen 5 Stimmen Artikel 4 der Regierungsvorlage, betreffend das Landtagswahlrecht, an, welcher die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechtes vorsieht. Gegenwärtig besteht die Kammer aus 10 von den mit besonderem Wahlrechte begabten Städten und 40 von den Wahlbezirken auf sechs Jahre indirekt gewählten Abgeordneten.

Ausstände. Die Stuccature in Chemnitz haben in sechs Geschäften ihre Forderungen bewilligt erhalten, zwei weitere Firmen wurden gesperrt. Die Zahl der ausgesetzten Klempern in Hamburg ist auf 560 gestiegen. In der Silberwarenfabrik Rosenau & Co. in

München wurden 27 Arbeiter ausgeperrt; sie hatten sich geweigert, unterschrieben wahrheitswidrig zu befunden, daß in der Fabrik zwischen Besitzern und Arbeitern keinerlei Differenzen beständen. — In Trieste legten 700 Kaffeelehrerinnen die Arbeit nieder, weil eine Firma beschiedene Lohnforderungen und Verlängerung der Arbeitszeit ablehnte. Nach vier Tagen wurden die Forderungen bewilligt. — Ueber Biel, woselbst bekanntlich die Bauarbeiter streiken, hat die republikanische Regierung des Kantons Bern den Belagerungszustand verhängt! — Im Baugewerbe Stockholm haben die Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer und Bautischler mit ihren Unternehmern eine neue Tarifgemeinschaft abgeschlossen, welche bis zum Jahre 1904 Gültigkeit haben soll. Die Löhne wurden nicht unwesentlich erhöht. — In Spanien gährt es unter den Arbeitern wieder gewaltig. In Granada brachen erneut Bauernunruhen aus, in Xeres steht ein allgemeiner Ausstand bevor und in Madrid sind die Zimmerleute in den Ausstand getreten. — In Neapel streikten die Straßenbahner.

Ergebnisse.

Der allezeit rege Verlag des Deutschen Buch- und Steinbruders, E. Morgenstern, Berlin W 57, hat in seinen Graphischen Musterblättern (Band A) in der Hauptsache Vorlagen für Lithographen, Chemigraphen und Steinbrucker geschaffen, welche sicher nicht nur diesen, sondern allen Angehörigen des graphischen Gewerbes bei der beruflichen Tätigkeit recht praktische Winke geben. Es befinden sich Original-Lithographien aus der Kunstbruderei Künstlerbund in Karlsruhe, Chromolithographien in verschiedenen Ausführungsarten, Merkantil-Arbeiten sowie saubere Reproduktionen dekorativer und illustrativer Zeichnungen bekannter Maler unter den Blättern, weshalb der Preis für den Band A — dem zwarlos weitere folgen sollen — mit 2,50 Mk. jehr mäßig bemessen ist.

Die Schweizer Graphischen Mitteilungen enthalten in Nr. 19/20 einen Artikel über die Fortschritte im Dreifarbenbrucker unter Beigabe von mehreren besartigen Drucken aus der Offizin von Gebr. Grunert in Berlin. Ferner den Schlussartikel über die Entwicklung im modernen Holzschnitt. Endlich einen Artikel über moderne Buchausstattung. Die Mitteilungen aus der Praxis werden fortgesetzt. Unter den üblichen Rubriken enthält die Doppelnummer noch mancherlei Wissenswertes. Unter den Beilagen befindet sich u. a. ein Gesellenbrief in zweifarbigen Druck auf bittensähnlichem Papiere im Charakter der deutschen Renaissance.

Das Sozialdemokratische Reichstags-Handbuch, herausgegeben von Max Schippel, ist nunmehr bis zur Schlusslieferung erschienen. Wir halten das Buch, trotz der von einigen Seiten erfolgten abspredenden Kritik, für ein lehrreiches Nachschlagebuch, das wir, namentlich im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen, unseren Lesern zum Studium empfehlen. Auch jetzt noch kann das Werk in Heften à 20 Pf. bezogen werden. Probehefte versendet der Verlag (Buchhandlung Vorwärts in Berlin) gratis und franko.

Die von der Buchhandlung Vorwärts in Wochenheften zu 10 Pf. herausgegebene illustrierte Romanbibliothek in freier Stunden liegt bis zum 24. Seite vor. Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement mit dem überaus spannenden Romane „Die drei Musketeiere“ von Alexander Dumas.

Gestorben.

In Bremen am 5. Juni der Seher Friedr. Becker, 58 Jahre alt — Speiseröhren-Verengung.

In Bonn am 4. Juni Karl Theiß aus Kappel (Hundsried), 22 Jahre alt.

In Freiburg i. Br. am 18. Juni der Seher Friedr. Schumacher, 22 1/2 Jahre alt — Lungenabszess.

In Hamburg am 12. Juni der Seherinvalid Wihl. Lütke, 70 Jahre alt.

In Regensburg am 7. Juni Christian Simmerding, 48 Jahre alt — Kehlkopfleiden.

In Weitin bei Neubrandenburg am 10. Juni der Seher Wilhelm Jacobs, 25 Jahre alt.

Griechen.

§. in Kiel: 2 Mk. — G. M. in Kaiserslautern: Da betr. Firma tariffrei, wollen Sie event. Beschwerden doch an die Tarifbehörden gelangen lassen, ehe der Corr. in Anspruch genommen wird. Ersteres ist korrekter und sicher wirkungsvoller. — D. in Gleiwitz: Benannte Firma ist überhaupt nicht im Tarifverzeichnis, weshalb nicht erst „Erkundigungen“ über dieselbe einzuziehen sind, sondern jeder tariftreue Gehilfe hat auf Grund des Tarifverzeichnisses diese Druckerei absolut zu meiden. Darum abgelehnt.

Verbandsnachrichten.

Obergau. Vom 1. Juli ab wird der Gaubeitrag wieder auf 10 Pf. ermäßigt; der letzte Beitrag mit 15 Pf. wird am 28. Juni gehoben. — Ferner weisen

wir darauf hin, daß Mitglieder, die aus einem andern Gau kommen, zum konditionslosen Aufenthalte im Obergau erst die Genehmigung des Gauvorstandes einzuholen haben. Die Bezirksvorstände wollen also jedesmal darauf achten, daß diese Genehmigung eingeholt wird.

Düsseldorf. (Maschinenmeisterklub.) Der Vorstand besteht aus folgenden Kollegen: Julius Simon, Oststraße 122, erster Vorsitzender; Fr. Koers, zweiter Vorsitzender; David Landauer, Broringerstr. 93, Kassierer; E. Tuschy, Schriftführer; Schwarze, Beißer; Kiefer und Wessphal, Revisoren.

— Die Auszahlung an die durchreisenden Kollegen, welche einem Maschinenmeistervereine angehören, erfolgt beim Kollegen Landauer mittags 12 bis 1/2 Uhr.

Kaiserslautern. Wir bitten um Ueberendung der Johannisfestbruderschaft an unsern Vorsitzenden H. Merkel, Gasstraße 34.

Gesheimünde. Der Seher Emil Pröpfer aus Berlin wird ersucht, innerhalb acht Tagen seinen Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls Ausschluß erfolgt.

Kiel. Die Adresse des Vorsitzenden M. Prüter ist vom 1. Juli ab: Lehmsberg 18 A, III; der Kassierer A. Pechel wohnt Lehmsberg 13, I.

Quedlinburg. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden Wiesel wurde Kollege Gildner, Gröpern 12, und an Stelle des bisherigen Schriftführers Behle Kollege Lohse gewählt.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Frankfurt a. M. 1. der Seher Ferdinand Rahm, geb. in Münster (Oberlahntrreis) 1882, ausgl. in Frankfurt a. M. 1901; 2. der Drucker Fabian Günther, geb. in Frankfurt a. M. 1884, ausgl. das. 1902; waren noch nicht Mitglieder. — 3. Rumber, Schulstraße 48.

In Heilbronn der Seher Karl Schwarz, geb. in Elshofen 1884, ausgl. in Heilbronn 1902; war noch nicht Mitglied. — In Nürtingen der Seher Gottlieb Ehnis, geb. in Bohnang 1884, ausgl. in Nürtingen 1902; war noch nicht Mitglied. — In Stuttgart 1. der Drucker Karl Härpfer, geb. in Stuttgart 1884, ausgl. das. 1902; 2. der Seher Otto Schenk, geb. in Bonn a. Rh. 1884, ausgl. in Stuttgart 1902; waren noch nicht Mitglieder. — In Tübingen der Seher Albert Birke, geb. in Schwalldorf (D.-M. Rottenburg) 1884, ausgl. in Tübingen 1902; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Rosenstraße 32, I.

In Leipzig die Seher 1. Otto Heyer, geb. in Leutzsch b. Leipzig 1874, ausgl. in Leipzig 1899; 2. Emil Wüller, geb. in Trauwitz 1870, ausgl. in Rastenburg 1888; waren schon Mitglieder. — Wilhelm Ritsche, Bräckerstraße 9, I.

In Mannheim der Seher Heinrich Brackenhof, geb. in Riedlingen 1881, ausgl. in Mannheim 1898; war noch nicht Mitglied. — In Schwetzingen der Drucker Emil Hofer, geb. in Basel 1882, ausgl. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Fußs in Mannheim, Pfälzergrundstraße 18.

In Belbert der Seher Karl Budde, geb. in Nemscheid 1879, ausgl. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — In Wald der Seher Peter Kamphaus, geb. in M.-Glabbad 1878, ausgl. das. 1896; war schon Mitglied. — W. Dreßler in Elberfeld, Karlsstraße 32, II.

In Prag der Seher Josef Rzechal, geb. in Reichenberg 1882, ausgl. das. 1900. — Karl Krumert, Smetagasse.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Hauptverwaltung. Da am 1. Juli in Kottbus und in Wittenberg neue Zahlstellen eröffnet werden und auch bei der am 1. Mai eröffneten Zahlstelle Brandenburg a. G. mehrere Touren hinzugekommen sowie Auszahlung geändert ist, bringen wir zur gefälligen Beachtung für die reisenden Kollegen und der in Betracht kommenden Verwalter nachstehend die Touren der drei neuen Zahlstellen nebst den Adressen und Auszahlzeiten der Verwalter.

1. Zahlstelle Brandenburg a. G. Verwalter: Wihl. Jordan. Auszahlung: Nifolaisstraße 19, II, nachmittags von 2 1/4 bis 2 3/4 Uhr, jedoch nur Wochentags. — Im Maximum wird bezahlt:	
für die Tour von Berlin nach Brandenburg	6 Tage,
„ „ „ „ „ „ „ „	11 „
„ „ „ „ „ „ „ „	6 „
„ „ „ „ „ „ „ „	8 „
„ „ „ „ „ „ „ „	10 „
„ „ „ „ „ „ „ „	4 „
2. Zahlstelle Kottbus. Verwalter: Jul. Greimann. Auszahlung: Zentral-Herberge, Schloßstraße, wochentags von 5 bis 6 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr. — Im Maximum wird bezahlt:	
für die Tour von Berlin nach Kottbus	9 Tage,
„ „ „ „ „ „ „ „	7 „

